



Aufarbeitung der Rolle des Themas Pädosexualität im Landesverband Schleswig-Holstein Bündnis 90/Die Grünen

Bericht der Arbeitsgruppe

Kiel, Oktober 2014

Bündnis 90 /Die Grünen
Schleswig-Holstein
Wilhelminenstraße 18
24013 Kiel
Tel. 0431 59 33 80
www.sh-gruene.de

Einsetzung und Arbeit der AG Aufarbeitung

Auf Beschluss des Landesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein wurde am 23. Oktober 2013 eine Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung pädophiler Forderungen und Debatten innerhalb des Landesverbandes eingerichtet. Anlass waren die im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 bekannt gewordenen Fälle von Forderungen pädophiler Gruppen nach straffreiem Sex mit Kindern, die Eingang in Grüne Parteiprogramme der 1980er Jahre gefunden hatten. Hinzu kam der Hinweis, dass es auch in Schleswig-Holstein im Landtagswahlprogramm 1987 entsprechende Formulierungen gegeben habe. Dies war Anlass für den Landesverband, sich kritisch und so umfassend wie möglich mit der eigenen frühen Programmatik auseinanderzusetzen.

Der Arbeitsgruppe gehören folgende Personen an: Ruth Kastner, Birgitta Brunner-Peters, Dörte Schnitzler, Tilmann Schade und Karl-Martin Hentschel.

Die AG tagte insgesamt fünfmal und hat folgende Schritte unternommen:

- Analyse des Zwischenberichts von Professor Franz Walter
- Recherchen im Archiv des Landesverbandes und in Materialien von Karl-Martin Hentschel
- Recherchen im Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) durch Barbara Messow
- Befragung von Zeitzeugen * per Mail bzw. mündlich.

*Die Veröffentlichung der vollen Namen setzt das Einverständnis voraus, was noch eingeholt wird.

Recherchen

Gesucht wurde nach den Stichpunkten „Jugend“, „Kinder“, „Sexualität“ bzw. „Homosexualität“ und Pädophilie“, „Stadtindianer“, „LAG Schwule und Lesben“, „BAG SchwuP“, „invernehmlicher Sex mit Kindern“ und den Paragrafen 174 bis 177 sowie §182 des Strafgesetzbuches.

Durchsucht wurden folgende Unterlagen aus der Zeit von 1979 bis 1990:

Archiv Landesgeschäftsstelle Kiel

- LDU Rundbrief Okt/Nov 1979 (LDU - Liste für Demokratie und Umweltschutz, Vorläuferorganisation der Grünen)
- GLSH Rundbriefe 5/79, 6/79, 1/80, 2/80, 3/80, 5/80, 6/80 (GLSH – Grüne Liste Schleswig-Holstein, eine der beiden grünen Parteien in Schleswig-Holstein Anfang der 80-er Jahre)
- Zwei Ordner „Historie“ mit verschiedenen Materialien aus den Jahren 1979 - 1981
- Unterlagen LDKs 1981 – 1988 (LDK – Landesdelegiertenkonferenz, früherer Name für Parteitag)
- Unterlagen LHA 1984 – 1989 (LHA – Landeshauptausschuss, früherer Name für den kleinen Parteitag)
- Schreiben der Landesgeschäftsstelle an Kreisverbände und Kommunalpolitiker 1983 - 1984
- Ordner Grüne Husum 1980 – 1987

- Die GRÜNEN – Materialien zum Landesparteitag 3. Okt 1982 (Vereinigungsparteitag)
- GLSH Programm 1982

Dokumente von Karl-Martin Hentschel

- GLSH Rundbrief 8/80
- GLSH Programmsichtungskommission für ein gemeinsames Programm 1982/1983
- Programm LTW 1983
- Programm GAL Pinneberg 1986 (GAL – Grüne alternative Liste, Vorläufer der Grünen Ortsgruppe Pinneberg)
- Programm AL Neumünster 1986 (AL – Alternative Liste, Vorläufer der Grünen Kreisgruppe Neumünster)
- Programm KV Kiel 1986
- Programm GRÜNE Kreis Pinneberg 1986
- Programm Landtagswahl (LTW)1987
- Aktionsprogramm LTW 1988
- Programm KV Kiel 1990
- Kommunalpolitische Perspektiven 1990
- Programm GRÜNE Kreis Pinneberg 1990

Archiv Grünes Gedächtnis Berlin – Bestand Helga Fritzsche

- Mehrere Ordner: Die Gründungsparteitage der Grünen
- Mehrere Ordner: Gründungsphase und Fusion
- Mehrere Ordner: Die Grünen Landesvorstand

Archiv Grünes Gedächtnis Berlin – Bestand Schleswig-Holstein I – Landesvorstand/Landesgeschäftsstelle

- Unterlagen LAG Frauen (1985 – 1987) (LAG = Landesarbeitsgemeinschaft)
- Loses ungeordnetes Material (1983 – 1989)
- Protokolle, Presse (1981 – 1984)
- Frauen (1981 – 1988)
- §218 (1984 – 1987)
- (Kreis-)Rundbriefe, Schatzmeisterkonferenz usw. (1986 – 1989)
- Frauen A-G (1982 – 1985)
- Frauen H-Z (1983 – 1989)
- Grüne Frauen (1983 – 1985)
- Ökofonds Protokolle, Jahresberichte (1984 – 1990)

- Kreisrundbriefe (1986)

Archiv Grünes Gedächtnis Berlin – Bestand ‚Die Grünen im Bundestag 1984 – 1990‘

- Pädophilie und Sexueller Missbrauch
- Reform des Sexualstrafrechts – Opferschutz
- BAG Schwule, Päderasten und Transsexuelle (BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft)
- HIV/AIDS
- §175 und §182

Archiv Grünes Gedächtnis Berlin – Bestand NRW I – LaVo/LGSt

- Posteingang

Archiv Grünes Gedächtnis Berlin – Bestand Wilhelm Knabe

- Broschüren

Archiv Grünes Gedächtnis Berlin – Bestand ‚Die Grünen 1980 – 1990 BuVo/BGSt‘

- Sitzungen des BHA 1986 – 1987 (BHA – Bundeshauptausschuss, Vorläufer des kleinen Parteitages)

Über die LAG (Landesarbeitsgemeinschaft) „Schwulenpolitik“, später (vermutlich 1987) umbenannt in LAG „Lesben und Schwule“ der Grünen Schleswig-Holstein haben wir keine Unterlagen gefunden. Wohl auch deshalb, weil sie nie offiziell anerkannt worden war, so die Aussage eines damaligen Mitglieds der LAG. Die LAG „Schwulenpolitik“ wurde vermutlich Anfang der 1980er Jahre gegründet und in Rundbriefen gelegentlich erwähnt. Sie taucht lediglich im Zusammenhang mit einzelnen Papieren auf, wie im Folgenden dargestellt. Über längere Zeit sollen Michael G. und Kornelius R. die führenden Köpfe gewesen sein. Die LAG soll anfangs aus etwa 20 Leuten bestanden haben. Getagt wurde monatlich, oftmals in den Räumen der Landesgeschäftsstelle in Kiel, mitunter auch in der Kreisgeschäftsstelle in Pinneberg.

Es wurden zudem alle 16 Kreisverbände aufgefordert, ihre Kommunalwahlprogramme und andere Materialien nach pädophilen Forderungen durchzusehen. Die Rückmeldungen waren spärlich und ergaben bislang keine Hinweise, dass entsprechende Passagen in Programme aufgenommen worden wären. Vielfach waren die Unterlagen lückenhaft, häufig waren auch keine Dokumente aus den frühen 1980er Jahren mehr vorhanden. Deshalb können wir uns bei den folgenden Aussagen nur auf die bislang aufgefundenen Materialien stützen.

Ergebnisse

Die Ergebnisse lassen sich in sechs Komplexe gliedern:

1. Politische Debatten der GRÜNEN Schleswig-Holstein in den 1980er Jahren (Übersicht)
2. Die Gründungsdebatte 1980

3. Die Fusionsdebatte und das Landtagswahlprogramm von 1983
4. Die Debatte um Jugendheime und die Förderung der Kieler Stadtindianer 1983, 1985
5. Das Landtagswahlprogramm von 1987
6. Beteiligung von schleswig-holsteinischen Grünen an der BAG SchwuP und der Neugründung der BAG Schwulenpolitik

1. Politische Debatten der Grünen Schleswig-Holstein in den 1980er Jahren

In den Jahren von 1979 bis 1988 wurden zahlreiche, häufig sehr kontroverse Debatten geführt, die teilweise auch mit heftigen politischen Vorwürfen und persönlichen Anfeindungen verbunden waren. Dabei ging es im Wesentlichen um Themen wie Ökologie und Atomausstieg, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Friedenspolitik, Frauenpolitik sowie Kinder und Jugendliche.

Das Thema **Kinder und Jugendliche** taucht in nahezu allen Programmen auf. Dabei geht es fast immer um folgende Themen: Arbeitslose Jugendliche, Jugendzentren (mehr Autonomie), mehr und bessere Kitas, Schulen (ohne Zwang, gute Ausstattung, gemeinsame Erziehung, mehr Autonomie usw.). Einen besonderen Raum nahm das Thema Jugendheime ein – siehe unten.

Das Thema **Sexualität** im Allgemeinen oder Homosexualität bzw. Pädosexualität taucht erstaunlicherweise sehr selten auf. Die wenigen Fundstellen fanden sich in den folgenden Zusammenhängen:

- In Bezug auf den Gründungsprogrammparteitag in Saarbrücken – siehe unten: Gründungsdebatte.
- Landtagswahlprogramm von 1983: „Sexualität ein Weg der Selbstbestimmung“ – siehe unten.
- Anhang im Landtagswahlprogramm von 1987 „Für sexuelle Selbstbestimmung“ – siehe unten.
- Bei der Gründung der BAG Schwulenpolitik

Insbesondere das Thema **Homosexualität** kommt bis auf die genannten Fälle in den Dokumenten praktisch nicht vor und spielte bei den Grünen Schleswig-Holstein anscheinend nur eine marginale Rolle. Das Thema wurde nicht offensiv sondern eher sehr vorsichtig formuliert. Das ist heute unverständlich. Es war damals wohl ein Zugeständnis an den Zeitgeist, der auch noch viele Mitglieder im ländlichen Schleswig-Holstein prägte.

Vage und ungefähre Formulierungen seien oft auch das Ergebnis von Kompromissen gewesen, so die Erinnerung eines Mitglieds der LAG Schwulenpolitik. Innerhalb des Landesverbandes soll es nicht einfach gewesen sein, Schwulenpolitik zu betreiben. Besonders die Leute vom Kommunistischen Bund hätten aggressiv reagiert. Sie hielten die Forderungen der Schwulen und Lesben für inhaltlich nicht relevant mit Blick auf ihre eigenen politischen Ziele.

Die Zeitzeugen berichten übereinstimmend, dass sie sich an Debatten über **Pädosexualität** gar nicht erinnern oder dass das Thema nur am Rande eine Rolle spielte. Ein Mitglied im Landesvorstand und Kandidatin bei der Landtagswahl 1988: „in der Gründungsphase der Grünen Schleswig-Holstein

(standen) ganz andere Themen oben auf der Liste“. Von den meisten Grünen auf Landesebene wurde das Thema nicht ernst genommen (siehe unten Programmdebatte 1983).

Der Zeitzeuge Lars Hennings (Spitzenkandidat auf Platz 2 bei den Landtagswahlen 1983 und 1987) erinnerte sich daran, dass auf einem Parteitag in einer Arbeitsgruppe von Michael G. die Streichung eines Paragraphen (gemeint ist der §176 Missbrauch von Kindern) gefordert wurde. Michael G. war von Juni 1980 bis Dezember 1982 im Landesvorstand gewesen und zeitweilig auch dessen Sprecher. Ab 1988 wurde er dann Landesgeschäftsführer und ab 1996 Fraktionsgeschäftsführer der Bündnisgrünen im Kieler Landtag bis er im März 2002 fristlos gekündigt wurde, nachdem einschlägige Fotos (Kinderpornos) auf seinem Rechner gefunden wurden.

Lars Hennings erinnert sich, dass G. von mehreren Delegierten deutlich widersprochen wurde: „dass jede Form von Sex mit Kindern nicht einvernehmlich sein könne. Uns ging es auch darum, dieses Thema nicht öffentlich werden zu lassen, was nach einer sehr ruhigen Debatte auch gelang.“ Hennings weiter: „für Freiheit der Sexualität waren wir natürlich immer (vor allem die Männer), für die Freiheit der Kinder auch. Aber nicht für Sex mit Kindern. (...) Vor allem in der frühen Zeit der Partei-Konsolidierung wurde erstmal ‚alles‘ eingesammelt, was den Flügeln hilfreich erschien. (...) Nach meiner Erinnerung war das (Pädophilie) kein ‚linkes‘ Thema, die Leute mit solchen Forderungen wurden eher belächelt, aber politisch diesbezüglich nicht ernstgenommen.“

2. Die Gründungsdebatte 1980

Im Zwischenbericht von Professor Walter wird auf Seite 50 berichtet, dass der schleswig-holsteinische Bio-Bauer Baldur Springmann auf der Bundesversammlung 1980 in Saarbrücken mit 70 Leuten das Podium besetzte, weil ihrer Meinung nach im Programm zu wenig über Ökologie und zu viel über das Sexualstrafrecht stehe.

In den durchsuchten Dokumenten der schleswig-holsteinischen Grünen taucht diese Debatte nur an einer Stelle auf: Im Rundbrief der GLSH (Grüne Liste Schleswig-Holstein) vom 7.1.1980 im Vorfeld der Bundesversammlung. Dieser war damals praktisch der Rundbrief aller Grünen in Schleswig-Holstein - also auch an die Mitglieder der GAZ (Grüne Aktion Zukunft), AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher), A3W (Arbeitsgemeinschaft 3. Welt) und SPV „Die Grünen“ (Sonstige Politische Vereinigung), zu denen auch die LDU-Mitglieder (Liste für Demokratie und Umweltschutz) gehörten. Dort berichtet ein Landesvorstandsmitglied und Mitglied der Programmkommission der SPV, auf Seite 17:

„Die in diesen Tagen in „Die Grünen“ [das war eine Zeitung im grünen Spektrum] abgedruckten Teile ‚Demokratie‘ und ‚Minderheiten‘ (...) können wir ebenfalls in einigen Punkten nicht akzeptieren. Es geht nicht an, dass programmatische Punkte gegen die Diskriminierung von Zigeunern und sexuellen Minderheiten mehr Raum einnehmen als das Friedensprogramm. (...) Außerdem gehen einige Forderungen unseres Erachtens wirklich zu weit. So habe ich (...) die Streichung oder Umformulierung der zweiten Forderung unter ‚Minderheitenrechte‘ beantragt, da die vorliegende Formulierung Vergewaltigungen erlaubt, solange sie ohne Missbrauch der Stellung oder Gewaltanwendung (also beispielsweise ‚nur‘ mit Gewaltandrohung) erfolgt.“

Der Journalist Jürgen Oetting, der 1982 zeitweilig auch Mitglied im Landesvorstand war, schildert seine Erinnerung in einem TAZ-Artikel am 6.1.1990 über die Geschichte der schleswig-holsteinischen Grünen: „Die Ergebnisse des Programmparteitages vom 21. bis 23. März 1980 in Saarbrücken

schürten in der GLSH vielfach bestehende Vorbehalte gegen die Bundespartei. (...) Als in Saarbrücken die Forderung nach Abschaffung des Abtreibungsparagrafen 218 im Strafgesetzbuch, nach Beendigung der Diskriminierung Homosexueller und die Milderung der Strafrechtsbestimmungen über Sexualität mit Kindern beschlossen war, besetzte Baldur Springmann gemeinsam mit anderen Delegierten das Podest und zwang das Podium mit Spaltungs- und Austrittsdrohungen zur Relativierung der Beschlüsse. (...)“ Offensichtlich spielte das Thema Sexualität mit Kindern also nach der Erinnerung von Jürgen Oetting in der Debatte in Schleswig-Holstein eine Rolle, auch wenn es sich schriftlich nicht eindeutig erkennbar niederschlug. Dementsprechende Erinnerungen hat auch ein Mitglied aus dem KV Kiel, einer der wenigen heutigen Mitglieder der Grünen, der sich an eine kontroverse Diskussion mit dem damaligen Landesvorstandssprecher Michael G. erinnern konnte.

3. Die Fusionsdebatte und das Landtagswahl-Programm von 1983

Nach dem Saarbrückener Parteitag spalteten sich die Grünen in Schleswig-Holstein in zwei Parteien, die Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH) und die Grünen. In den folgenden beiden Jahren bis zur zweiten Fusion tobte dann eine heftige Debatte, die sich vor allem um den Vorrang der Ökologie und den Einfluss der Gruppe Z (einer Abspaltung des Kommunistischen Bundes) bei den Grünen Schleswig-Holstein drehte.

Das Thema Pädosexualität tauchte an einer Stelle auf – bei der Diskussion um das Landtagswahlprogramm 1983. In dem Vorschlag der Programmsichtungskommission der GLSH schlägt diese die Übernahme des Papiers „Sexualität ein Weg der Selbstbestimmung“ von Michael G. (siehe oben) und anderen vor. G. war damals Sprecher der GRÜNEN und Sprecher der LAG Schwulenpolitik. Die GLSH fordert zwei Änderungen: Die Forderung nach Streichung des §175 sollte umformuliert werden (nur noch Verbot von Sex mit Jugendlichen und geringeres Strafmaß). Außerdem sollte der folgende eindeutige Abschnitt gestrichen werden: „In Beziehungen, die von beiden Partnern gewünscht werden, darf der Staat sich nicht einmischen. Dabei steht für uns die partnerschaftliche Anerkennung und Liebe im Vordergrund und nicht das Alter der Beteiligten. Sexuelle Beziehungen zu Kindern und Jugendlichen sollen daher nicht mehr generell unter Strafe gestellt werden, sondern nur im Falle der Ausübung von Gewalt, Nötigung oder Ausbeutung.“

Das schließlich verabschiedete LTW-Programm enthält dann zwar als einziges Programm der Grünen in Schleswig-Holstein in den 1980er Jahren einen Abschnitt zum Thema Sexualität. Die Vorlage von G. wurde aber radikal gekürzt – noch weit über die Forderungen der GLSH hinaus. Die übrig gebliebene Passage wendet sich nur noch gegen die Reduzierung der Sexualität auf die Fortpflanzung und gegen die Unterdrückung von „abweichendem Verhalten“ (Homosexualität wird nicht beim Namen genannt). Gefordert werden keine Strafrechtsänderungen, sondern vielmehr Sexualberatung, Sexualforschung und Sexualerziehung, ein Antidiskriminierungsgesetz, das Verbot der medizinischen Behandlung von Homosexualität und die Auflösung einschlägiger Dateien bei Polizei und Verfassungsschutz.

4. Die Debatte um Jugendheime und die Förderung der Kieler Stadtindianer 1983, 1985

Auf Seite 88 des Zwischenberichtes von Professor Walter wird berichtet, dass der schleswig-holsteinische Ökofonds 1985 einer Gruppe von Stadtindianern einen Mietkostenzuschuss in Höhe von insgesamt 735,- DM gewährte. Dies wird in Zusammenhang mit pädosexuellen Vorfällen der

Gruppe „Stadtindianer“ in Nürnberg gebracht. Die Quelle aus dem „Archiv für alternatives Schrifttum (AfAS)“ in Duisburg lag uns leider nicht vor. In den Unterlagen des Ökofonds Schleswig-Holstein findet sich kein Hinweis auf den Zuschuss, obwohl diese Unterlagen vollständig zu sein scheinen. Auch der damalige Geschäftsführer Heino Schomaker hat daran keine Erinnerung. Barbara Messow, die für uns die Recherche im Grünen Archiv in Berlin durchführte, vermutet, dass der Zuschuss nicht vom Ökofonds Schleswig-Holstein gezahlt wurde, da es vorkam, dass Projekte nicht nur im eigenen Bundesland gefördert wurden und es in mehreren Bundesländern solche Ökofonds gab.

Von den Zeitzeugen erinnerte sich einer, dass es in den 1980er Jahren häufig politische Debatten über die Jugendheime in Schleswig-Holstein gab, die damals noch sehr repressiv geführt wurden. Damals gab es auch mehrfach Ausbrüche von Jugendlichen aus solchen Heimen. Die Stadtindianer in Kiel seien eine Gruppe von solchen Jugendlichen gewesen. Der Ökofonds hätte ihnen evtl. Geld gegeben, damit sie eine Unterkunft bekommen. Mit einer Unterstützung von Pädosexualität habe das seines Wissens nach nichts zu tun.

Tatsächlich nimmt die Problematik der Jugendheime in den schleswig-holsteinischen Grünen Programmen der Zeit einen breiten Raum ein. Später (2009) hat sich das schleswig-holsteinische Parlament sogar für das Unrecht gegenüber den betroffenen Menschen entschuldigt.

Auf dem Landesdelegiertenkongress (LDK) 1983 in Eckernförde wurde auf Antrag des damaligen Parteisprechers Michael G. beschlossen, gemeinsam mit den Jungdemokraten und anderen einen jugendpolitischen Kongress durchzuführen. „Behandelt werden sollten dort beispielsweise die Bildungs- und Ausbildungssituation Jugendlicher, Kriegsdienstverweigerung, schulische und außerschulische Mitbestimmung (Jugendzentren), Schülerzeitungszensur, Jugendförderung, Grundsatzfragen (Scheidungsrecht für Kinder usw.).“ (aus dem Beschluss der LDK Eckernförde am 20.3.83). Begründet wurde die Initiative mit dem schlechten Wahlergebnis bei JungwählerInnen.

Aus den Unterlagen geht hervor, dass der Kongress stattfand und ziemlich schlecht besucht war (ca. 25 TeilnehmerInnen). Die Ergebnisse wurden auf der LDK in Geesthacht diskutiert. Die Stadtindianer aus Nürnberg wurden zum Kongress eingeladen. Sie sollen dort so rabiät aufgetreten sein, dass Helga Fritzsche den Antrag stellte, die Indianer zukünftig nicht mehr einzuladen. Stadtindianer aus Kiel werden nirgends erwähnt. In den Unterlagen der LDK Geesthacht findet sich dann ein ausführliches Papier über die „totalitären (geschlossenen) Heime“ und die Kriminalisierung von Kindern und Jugendlichen. Die Forderungen der Grünen dazu betreffen vor allem eine bessere Ausstattung der Kitas, Schulen und der Einrichtungen für Jugendliche und gemeinsame Schulen. Auch in diesem Zusammenhang taucht das Thema Sexualität nicht auf.

In den Unterlagen der LDK in Geesthacht 1983 findet sich auch ein Bericht eines Delegierten im Bundeshauptausschuss über eine BHA-Sitzung in Hannover, die von Jugendlichen der Indianerkommune Nürnberg (die im Walter-Bericht mit pädosexuellen Vorfällen in Verbindung gebracht wurde) unter Führung ihres 38-jährigen Häuptlings (Mitglied der GRÜNEN) gestört wurde, so dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Welche Rolle dieser Bericht in Schleswig-Holstein spielte, konnten wir aus den Unterlagen nicht ersehen.

5. Das Landtagswahl-Programm 1987

Das Landtagswahlprogramm 1987 enthält am Ende des Kapitels „Gesellschaft“ einen Abschnitt „Schwule und Lesben – für sexuelle Gleichberechtigung“. Dieser Abschnitt war – wie in einer Fußnote

unter dem Inhaltsverzeichnis erläutert wird – nicht Bestandteil des verabschiedeten Programms, sondern wurde als „Diskussionsbeitrag“ bezeichnet.

Dieser Abschnitt enthält insbesondere im fettgedruckten allgemeinen Teil eindeutige Formulierungen, die typisch für die Pädosexuellen-Bewegung sind:

„Als etwas nicht nur dem sogenannten Erwachsenen, sondern unbedingt auch dem Jugendlichen und dem Kind Eigenes stellt diese (die Sexualität) den je besonderen, doch jedenfalls nicht ohne weiteres abweisbaren Anspruch auf Verwirklichung. Dieser Tatsache ist weitestgehend Rechnung zu tragen.“

„Bei der Beurteilung von Beziehungen sexuellen Charakters besteht keinerlei Notwendigkeit, einen engeren Rahmen als den der Einvernehmlichkeit zu setzen; erklärte Einvernehmlichkeit bedürfte einer näheren Überprüfung nur in Fällen offener äußerer Abhängigkeit. (...) Die Strafbarkeit von Sexualität an sich muss bezweifelt werden.“

Die anschließend formulierten konkreten Forderungen betreffen allerdings nicht die Pädosexualitäts-Paragrafen 174 und 176 (wie im damaligen Bundesprogramm), sondern die Abschaffung des § 175 (Homosexualität unter Männern) und des damaligen § 182 (Verführung von Mädchen unter 16). Das Papier fordert, dass eine Enquete-Kommission des Landtags das Sexualstrafrecht überprüfen und ggf. der Landtag einen Antrag im Bundesrat stellen sollte. Diese beiden Paragrafen wurden dann 1994 tatsächlich abgeschafft und durch den neuen § 182 (Missbrauch von Jugendlichen) ersetzt. Das Papier fordert also nicht die Legalisierung der Pädosexualität, enthält aber eindeutig der pädosexuellen Szene zuzuordnende Formulierungen.

Wie es dazu kam, dass dieser Abschnitt im Landtagswahlprogramm abgedruckt wurde, ist nicht abschließend geklärt. Das Programm wurde auf dem LDK am 8. bis 10. Mai 1987 verabschiedet. Am 14. Mai wurde dann vom Landesvorstand beschlossen: „Robin, Anke S., Jan, Jutta und Sigrid (Layout) sind als Redaktionsgruppe für die Fertigstellung verantwortlich. Die LAG Mensch und Tier bekommt ½ Seite für ein Minderheitenvotum.“ Am 20. Mai schrieb dann Michael G. im Namen der LAG Schwulenpolitik einen Brief an den Landesvorstand, in dem er beantragte, den Diskussionsbeitrag (der dem Brief beilag) in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen und ihm dazu einen Ansprechpartner zu nennen. In den Akten des Archivs Grünes Gedächtnis findet sich zudem ein Schreiben mit dem gleichen Text an die Landesgeschäftsstelle, dessen Autor nicht eindeutig bestimmbar ist.

Merkwürdigerweise stand aber dieser Diskussionsbeitrag auf dem folgenden Parteitag am 13. Juni 1987 nicht auf der Tagesordnung und wurde daher auch nicht behandelt. Am 25. Juni wurde dann im Landesvorstand beschlossen: „Jan, Heino und Nine machen die Layout-Abnahme.“ Weitere Beschlüsse, die das Programm betreffen, gab es nicht.

Tatsächlich gab es dann im fertigen Programm kein Minderheitenvotum der LAG Mensch und Tier, dafür aber den Diskussionsbeitrag der LAG Schwule und Lesben. Da der Antrag auf dem Juni-Parteitag nicht auf der Tagesordnung stand und niemand das einforderte, ist davon auszugehen, dass es zwischen der Redaktionsgruppe und der LAG eine mündliche Absprache gab, die aber nicht im Protokoll einer Vorstandssitzung auftaucht.

Vermutlich wollten ein oder mehrere Mitglieder des Landesvorstands oder die SpitzenkandidatInnen wegen der Zeitknappheit eine neue Programmdebatte auf der eintägigen Juni-LDK, in der erneut die Liste gewählt werden musste(!), unbedingt vermeiden und sagten deshalb der LAG oder Michael G.

die Aufnahme des Papiers als Diskussionsbeitrag zu, wenn die LAG ihren Antrag zurückziehen würde, was dann offensichtlich geschah.

Zu ergänzen ist noch, dass die Aufnahme des Diskussionsbeitrages in das gedruckte Programm satzungswidrig war. Das Verfahren für die Aufnahme von Minderheitenvoten war nämlich in der Satzung des Bundesverbandes in §5 (3) 3. geregelt:

„3. Die Programme der GRÜNEN gliedern sich in zwei Teile. Der erste Teil ist das Programm im engeren Sinne. (...) In einem zweiten Teil können verschiedene, bei den GRÜNEN vorhandene Strömungen ihre zusätzlichen oder weiterführenden Auffassungen (...) bekanntmachen. (...) Über die Aufnahme in diesen Teil entscheidet die Bundesversammlung.“

Wenn es in der Satzung des Landesverbandes Schleswig-Holstein keine abweichende Formulierung gab, dann war die Aufnahme des Diskussionspapiers ohne Beschluss ein Verstoß gegen die Satzung.

6. Beteiligung von schleswig-holsteinischen Grünen an der BAG SchwuP und der Neugründung der BAG Schwulenpolitik

Die BAG SchwuP (Schwule, Päderasten und Transsexuelle bei den GRÜNEN und ALTERNATIVEN Listen) war eine Bundesarbeitsgemeinschaft, die nur zeitweilig offiziell anerkannt war. In den Dokumenten aus Schleswig-Holstein taucht sie in den Akten der LAG Frauen auf, wo über die kontroversen Diskussionen zwischen der BAG Frauen und der BAG SchwuP um das Sexualstrafrecht berichtet wird.

Als Delegierte der BAG Frauen werden im Jahre 1984 zwei Frauen benannt. In den Protokollen der gemeinsamen BAG-Sitzungen taucht allerdings kein Name aus Schleswig-Holstein auf. Eine Zeugin erinnert sich heute an Debatten über Gewalt gegen Frauen, häusliche Gewalt und Sexualität, kann aber nicht mehr sagen, ob Pädosexualität in der LAG Frauen Thema war.

Im Zusammenhang mit der Gründung des überparteilichen Bundesverbands Homosexualität (BVH) im November 1986 fand sich in den Akten der Bundestagsfraktion eine Stellungnahme, die sich gegen die Ausgrenzung der Pädosexuellen wendet. Dieser sogenannte „Distanzierungstango“ wurde von Kornelius R. aus Kiel (Sprecher der LAG Schwule und Lesben Schleswig-Holstein) mit unterzeichnet.

Am 10./11. April 1987 fand im Bonner Tagungshaus der GRÜNEN auf Beschluss des Bundeshauptausschusses ein Kongress mit dem Ziel der Neugründung einer BAG mit ca. 50 Schwulen statt. Ein Bericht von Bernd Offermann, Schwulenreferent der GRÜNEN im Bundestag, in der Zeitschrift „Rosa Flieder“ über den Kongress geht auf die Rolle der Pädosexuellen so ein: „Wer die Entwicklung der Schwulen-AGs bei den GRÜNEN in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, wird nun fragen, wo dabei die Pädos abgeblieben sind. Die Pädosexuellen, so der Eindruck beim Kongress, werden mit der von ihnen zur Schlüsselfrage erhobenen Sexualstrafrechtsforderung weniger Gehör finden. Auch bei der Namensgebung sind die Pädos schlicht herausgefallen.“

Am 14. Juni 1987 wurde dann die BAG Schwulenpolitik der Grünen neu gegründet und ein Antrag auf Anerkennung an den Bundeshauptausschuss gestellt. Zuvor hatte sich die alte BAG SchwuP aufgelöst. Bei der Neugründung waren aus Schleswig-Holstein Michael G. und weiterer Delegierter anwesend, sie sind auch als mandatierte Delegierte aus Schleswig-Holstein genannt.

Ergebnis und Bewertung

1. Die Durchsicht der aufgefundenen Dokumente hat gezeigt, dass auch im Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein über die Forderung nach Straffreiheit von sexuellen Kontakten mit Kindern diskutiert worden ist.
2. Allerdings spielte das Thema Pädosexualität in den Debatten und archivierten Dokumenten allenfalls eine marginale Rolle. Große Teile der Partei hielten in den Gründungsjahren Themen wie Ökologie, soziale Gerechtigkeit und internationale Gefahren für weitaus wichtiger.
3. Nach jetzigem Kenntnisstand hat es nicht einen einzigen Beschluss auf Landesebene gegeben, der die Forderung nach Straffreiheit für einvernehmlichen Sex mit Schutzbefohlenen und Kindern (Streichung §§ 174, 176) unterstützt hat.
4. Allerdings enthält das gedruckte Programm für die Landtagswahl 1987 ein Diskussionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule, in dem Formulierungen enthalten sind, die eindeutig der pädosexuellen-Szene zuzuordnen sind. Dieses Papier war aber ausdrücklich nicht Bestandteil des verabschiedeten Programms.
5. Es ist im Landesverband Schleswig-Holstein bislang auch kein Kommunalwahlprogramm bekannt, das pädophile Forderungen aufgenommen hat.
6. Wenn im Landesverband pädophile Positionen geäußert wurden, ist ihnen stets widersprochen worden und sie wurden aus den Debatten und Dokumenten herausgenommen.
7. Die Gründe für diese Haltung waren vielschichtig. Offensichtlich lehnte die große Mehrheit der Mitglieder pädosexuelle Positionen entschieden ab. Es gab aber auch Mitglieder, die in den Pädosexuellen eine unterdrückte Minderheit gesehen haben. Auch sie wollten das Thema möglichst nicht behandeln, wohl weil sie eine schädliche öffentliche Resonanz befürchteten. Und schließlich waren viele Mitglieder zwar grundsätzlich liberal gegenüber Minderheiten, aber sie interessierten sich nicht wirklich für diese Randthemen. In der Konsequenz führten diese unterschiedlichen individuellen Einstellungen dazu, dass man sich in der realen Politik nicht offen gegen eine Minderheit stellen wollte, aber öffentlich auch nicht ihre Positionen übernehmen wollte. Also wurde das Thema möglichst ausgeklammert. Aus diesen Gründen gab es damals auch nie eine offizielle Distanzierung von solchen Positionen.
8. Ein wesentlicher Grund für diese „verschämte“ Debatte in Schleswig-Holstein mag die Tatsache gewesen sein, dass es in Schleswig-Holstein keine bedeutenden aktiven Gruppen von Pädophilen gab, wie in einigen Großstädten.

9. Auch die damaligen wissenschaftlichen Diskussionen über die Sexualität von Kindern und die Auseinandersetzung mit den Folgen sexuellen Missbrauchs spielten im ländlichen Schleswig-Holstein kaum eine Rolle. Es gab daher keinen Anlass für die GRÜNEN, dazu Stellung zu beziehen. Man entzog sich daher lieber bequem einer Positionierung.
10. Fälle von Kindesmissbrauch bei den Grünen Schleswig-Holstein oder im Umfeld der Partei sind uns bislang nicht bekannt. Bekannt ist die Entdeckung von kinderpornografischen Fotos 2002 auf dem Computer des Fraktionsgeschäftsführers im Landtag.

Fazit

Die Forderungen nach Straffreiheit für pädophile Handlungen, wie sie nach unserem jetzigen Kenntnisstand gelegentlich auch in unserem Landesverband formuliert wurden, sind völlig indiskutabel. Wir lehnen sie entschieden ab und distanzieren uns davon. Wir bitten all diejenigen um Entschuldigung, denen durch solche Positionen Verletzungen an Leib und Seele zugefügt wurden.

Wir Grüne stellen uns der Verantwortung, unser Aufarbeitungsprozess geht weiter. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft sensibilisiert wird für alle Formen des sexuellen Missbrauchs.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Strukturen zur Prävention von sexuellem Missbrauch sowie zur Beratung von Missbrauchsopfern erhalten und gestärkt werden.

Die AG übergibt dem Landesvorstand den Bericht mit der Empfehlung, die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Kiel, Oktober 2014

Karl-Martin Hentschel, Ruth Kastner, Birgitta Brunner, Dörte Schnitzler, Tilmann Schade